

INHALT

1. SPD will CCS unter Gabriel und Steinmeier auch in Schleswig-Holstein durchsetzen
2. Johannes Callsen zum Antrittsbesuch bei Hamburgs CDU-Fraktionschef
3. CDU und FDP arbeiten mit Hochdruck beschlossene Vorhaben ab
4. Finanz-Hilfe für hoch verschuldete Kommunen: eine echte Chance
5. CDU-Landtagsfraktion im Gespräch mit der Landesarbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser
6. Umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen zu Gast in Hamburg
7. Neue Zuständigkeiten in der CDU-Fraktion
8. Neuer Mitarbeiter in der CDU-Fraktion

23.09.2011

**SPD will CCS unter Gabriel und Steinmeier auch in Schleswig-Holstein durchsetzen
CCS-Gesetz im Bundesrat gescheitert**



Johannes Callsen, MdL

Das CCS-Gesetz – und damit auch die von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und Wirtschaftsminister Jost de Jager erreichte Länderklausel – ist heute (23. September 2011) im Bundesrat gescheitert. „Das ist ein bitterer Tag für alle CCS-Gegner“, erklärte der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Johannes Callsen, dazu.

Der CDU-Fraktionschef betonte, in den vergangenen Monaten hätten sich die SPD-Bundesspitzen Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier pro-CCS festgelegt und eine Ablehnung der Länderklausel organisiert. Erst in der vergangenen Woche wurde vom Oppositionsführer auf Bundesebene, Frank Walter Steinmeier, in einem Interview die Wirksamkeit der Länderklausel bestätigt. Auch Brandenburgs Wirtschaftsminister Ralf Christoffers hatte die Ablehnung seines Bundeslandes heute in Brandenburg damit begründet, dass die Erprobung von CCS in ganz Deutschland erlaubt werden müsse. „Ich hoffe deshalb, dass wir diesen Verhandlungserfolg von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und Wirtschaftsminister Jost de Jager heil durch die kommenden Verhandlungen bringen können“, so Callsen.

Callsen betonte, die Nord-SPD habe in den vergangenen Monaten im Hinblick auf die Länderklausel aus reiner Wahltaktik ganz bewusst die Ängste der Bevölkerung geschürt. Es sei bezeichnend, dass die SPD-Spitzen auf Bundesebene Stegners falsches Spiel nun entlarvt hätten.

Machen Sie sich selbst ein Bild. Hier die Links zu den Artikeln:

Hintergrund:

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier hat in der Märkischen Oderzeitung (16. September 2011) beklagt, der nach der Intervention von Peter Harry Carstensen vorgelegte Entwurf werde die CCS-Technik eher verhindern als fördern. Er ermögliche den Bundesländern, sich „freizuzeichnen“. (s. Link Nr. 1)

Sigmar Gabriel hatte in diesem Jahr mehrmals gefordert, das CCS-Gesetz ohne Länderklausel schnell zu verabschieden. So erklärte er bei einem Besuch des Kraftwerks „Schwarze Pumpe“ am 26. Januar 2011: „Wir brauchen diese Kraftwerks-Technologie mit CO₂-Abscheidung, um aus Kohle umweltfreundlich Strom zu erzeugen“. (S. Link Nr. 2)

Link Nr. 1:

<http://www.moz.de/nachrichten/brandenburg/artikel-ansicht/dg/0/1/976229/>

Link Nr. 2:

<http://www.unternehmer.de/100036-gabriel-fordert-ccs-gesetz-fur-speicherung-von-kohlenstoffdioxid>

Johannes Callsen zum Antrittsbesuch bei Hamburgs CDU-Fraktionschef CDU im Norden will enger zusammen arbeiten

Nach seiner Wahl zum Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg musste Olaf Scholz (SPD) erst von den Medien aufgefordert werden, bis er sich zum offiziellen Antrittsbesuch bei Ministerpräsident Peter Harry Carstensen anmeldete. In seiner Regierungserklärung war Schleswig-Holstein dem neuen Ersten Bürgermeister noch nicht einmal eine Erwähnung wert.

Umso wichtiger ist eine enge Zusammenarbeit der CDU-Fraktionen. Ganz bewusst führte sein erster offizieller Termin den neuen schleswig-holsteinischen CDU-Fraktionschef gestern (22. September 2011) deshalb zu seinem Hamburger Kollegen Dietrich Wersich: "Hamburg und Schleswig-Holstein haben wirklich vitale gemeinsame Interessen, die auch gemeinsam vertreten werden müssen. Deshalb war es für mich eine Selbstverständlichkeit, zum Antrittsbesuch hierher nach Hamburg zu kommen", erklärte Callsen im Anschluss.

Besonders bei Wirtschafts- und Verkehrsfragen sei eine enge Zusammenarbeit erforderlich. Aber auch bei anderen wichtigen Anliegen sei eine gegenseitige Unterstützung gewünscht. So brachte Wersich wenig Verständnis dafür auf, dass der Hamburger Senat sich in der Frage des CCS-Gesetzes gegen Schleswig-Holsteins Interessen gestellt hat.

"Wir werden sehr genau prüfen, wie Schleswig-Holstein und Hamburg enger zusammen rücken können. Dazu gehören als erstes regelmäßige Treffen der CDU-Fraktionsspitzen", so Callsen und Wersich.



v.l.: Johannes Callsen, MdL, und Dietrich Wersich, MdHB

CDU und FDP arbeiten mit Hochdruck beschlossene Vorhaben ab Landesregierung stellt ihre Planung für jeden Bürger einsehbar ins Internet

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen hat die in dieser Woche vorgenommene Veröffentlichung der Vorhabenplanung der Landesregierung im Internet begrüßt. „Das ist eine vorbildliche Transparenz. Die Vorhabenplanung zeigt, dass CDU und FDP in Schleswig-Holstein weiter mit Hochdruck arbeiten“, so Callsen.

CDU und FDP hätten das Land entscheidend voran gebracht: „Wir setzen als erstes Bundesland überhaupt die Schuldenbremse um, die Zahl der Arbeitslosen ist so niedrig wie seit 16 Jahren nicht, die Wirtschaft läuft. Wir haben viel erreicht, und wir werden das Land noch weiter voran bringen“, so Callsen.

Hart ins Gericht ging der CDU-Fraktionschef angesichts der Fakten mit den Oppositionsfraktionen, die der Landesregierung umgehend vorwarfen, nichts mehr zu tun. „Ein Blick in die letzten Landtagsprotokolle zeigt doch: Immer wieder wurde uns vorgeworfen, so kurz vor der Wahl noch Gesetze zu verabschieden. Wenn nun behauptet wird, die Koalition habe nichts getan, ist das schlichtweg lächerlich.“

„Die Grünen tun alles, um notwendige Infrastrukturprojekte zu verhindern oder zumindest zu verzögern, aber daran haben wir uns ja schon lange gewöhnt“, so Callsen. Es sei jedoch schon bemerkenswert, dass die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen selbst den dringend notwendigen Ausbau der Stromnetze sowie das Energie- und Klimakonzept abfällig kommentierten.

Überzeugen Sie sich selbst: Hier geht es zur Vorhabenplanung der Landesregierung:
http://schleswig-holstein.de/Portal/DE/LandesregierungMinisterien/Vorhaben2011_2012/Vorhaben2011_2012_node.html

Finanz-Hilfe für hoch verschuldete Kommunen: eine echte Chance Land bringt Konsolidierungshilfen für verschuldete Kommunen



Werner Kalinka, MdL

Als „eine echte Chance, zu einer finanziellen Wende zu kommen“ hat der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Werner Kalinka, die in dieser Woche von der Landesregierung beschlossenen Konsolidierungshilfen für Kommunen gewürdigt. 18 Kommunen, bei denen 90 Prozent der kommunalen Defizite von rund 650-700 Millionen Euro aufgelaufen seien, könnten ab 2012 ebenso Hilfe erwarten wie die rund 100 weiteren verschuldeten Kommunen in Schleswig-Holstein.

Finanziell gebeutelte Kommunen erhalten zukünftig bis einschließlich 2021 jährlich 95 Millionen Euro zur Konsolidierung ihrer Haushalte. Hilfe gebe es aber nur, wenn finanziell wirklich wirksame Einsparungen in den betroffenen Kommunen erfolgten. Kalinka: „Dies ist doch eine Selbstverständlichkeit. Und ein Gebot der Fairness gegenüber den anderen rund 1000 Kommunen in Schleswig-Holstein, die eine solche Unterstützung nicht bekommen.“

Weiter betonte Kalinka, bei der aktuellen Verschuldungsdiskussion dürfe nicht unter den Tisch fallen, dass Kommunen auch wirtschaftlich arbeiten können. „Viele Kommunen in Schleswig-Holstein zeigten dies seit vielen Jahren. Und manche verschuldete Kommune muss sich auch die Frage stellen, was ihr hausgemachter Anteil an der Lage ist“, so Kalinka.

Finanzsituation der Kommunen in Schleswig-Holstein:

<http://www.schleswig-holstein.de/cae/servlet/contentblob/1011190/publicationFile/finanzsituationPdf.pdf>

Näheres zu den Konsolidierungshilfen für Kommunen finden Sie unter:

http://www.schleswig-holstein.de/IM/DE/Service/Presse/PI/2011/110920_im_konsolidierungshilfen.html

CDU-Landtagsfraktion im Gespräch mit der Landesarbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser Verbesserte Kooperation, aber weiterhin Schwierigkeiten der Finanzierung



Katja Rathje-Hoffmann, MdL

„Die CDU-Landtagsfraktion bleibt weiter im Gespräch mit den Frauenhäusern, um die Situation von Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen oder bedroht sind, zu verbessern“, erklärte die frauenpolitische Sprecherin, Katja Rathje-Hoffmann, nach dem Besuch zweier Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) in Kiel.

Die größte Schwierigkeit bereitet weiterhin die Finanzierung der Frauenhausplätze in Schleswig-Holstein. Dies ist durch den hohen Anteil von Frauen aus anderen Bundesländern begründet, deren Heimatländer keinen Kostenausgleich leisten. „An diesem Problem wird auf zwei Ebenen gearbeitet“, so Rathje-Hoffmann. „Zum einen hat das Land eine Initiative bei der Frauenministerkonferenz der Länder mit dem Ziel einer einheitlichen und verbesserten Vergütung gestartet. Zum anderen wollen wir von der Hansestadt Hamburg, aus der die meisten auswärtigen Frauen nach Schleswig-Holstein kommen, einen Ausgleich erwirken.“

Einige Entwicklungen im Bereich der Frauenhäuser seien allerdings auch äußerst positiv zu bewerten. So werde zurzeit daran gearbeitet, durch eine bessere Koordination untereinander Überbelegungen einzelner Häuser zu vermeiden. Auch eine bessere Vernetzung mit dem Landesverband Frauenberatungsstellen Schleswig-Holstein soll es zukünftig geben. Damit würden der stationäre und der ambulante Bereich der Unterstützung für Frauen künftig enger zusammenrücken.

Umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen zu Gast in Hamburg Energetische Gebäudesanierung ja – aber nicht auf Kosten Schleswig-Holsteins

In dieser Woche tagten die umweltpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen auf Einladung der Hamburger Bürgerschaftsfraktion in der Hansestadt. Die Schwerpunkte der Beratungen lagen im Bereich der Ausgestaltung der Energiewende.

Es wurden unter anderem der Netzausbau, das Erneuerbare-Energien-Gesetz, und die energetische Gebäudesanierung thematisch bearbeitet. Dazu wurden in einer „Hamburger Resolution“ Forderungen und Empfehlungen verabschiedet. Darüber hinaus informierten sich die Vertreter der CDU/CSU-Fraktionen über die umfangreichen Aktivitäten zur Umwelthauptstadt.

Aus klimapolitischer Sicht stecke das größte Einsparpotenzial in der energetischen Gebäudesanierung. 40 Prozent der in Deutschland verbrauchten Energie werde als Wärme in Gebäuden genutzt, so der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Dr. Michael von Abercron.

Die Bundesregierung plant die steuerliche Förderung für die energetische Sanierung von Wohngebäuden. Die Länder haben diesen Vorschlag bislang abgelehnt. Grund dafür sind die befürchteten Mindereinnahmen durch steuerliche Abschreibungen.

Zwar werde durch die Auftragsvergabe bei Sanierungstätigkeiten auch der heimische Mittelstand gefördert und dadurch Steuermehreinnahmen in die Länderkassen gespült. Dennoch sei der Beitrag des Bundes derzeit noch nicht ausreichend, um die Mindereinnahmen auszugleichen.

„Wir sind für die vom Bund gewünschte energetische Sanierung – aber sie darf nicht auf Kosten des Landes gehen“, erklärte von Abercron.

Hier können Sie die „Hamburger Resolution“ einsehen:

http://www.cdu.ltsh.de/media/HamburgerResolution_Energiewende.pdf



Dr. Michael von Abercron, MdL

Neue Zuständigkeiten in der CDU-Fraktion **Umbesetzung der Fraktionsarbeitskreise**

Die Wahl von Johannes Callsen zum neuen Fraktionsvorsitzenden hat die Änderung einiger fachlicher Zuständigkeiten in der CDU-Fraktion zur Folge. Callsen war bislang in den Arbeitskreisen „Finanzen“ und „Wirtschaft“ aktiv. Als Vorsitzender gibt er diese Funktionen ab und wird Mitglied im Parlamentarischen Einigungsausschuss und dem Parlamentarischen Kontrollgremium.

Der bisherige Vorsitzende Dr. Christian von Boetticher wird neben seinen Funktionen als medienpolitischer Sprecher und Mitglied im Richterwahlausschuss zukünftig auch Mitglied des Facharbeitskreises „Europa“ sein. Er wird gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender des Europaausschusses.

Im Facharbeitskreis Finanzen arbeitet künftig Niclas Herbst mit. Hans-Hinrich Neve wird Mitglied des Facharbeitskreises Sozialpolitik. Markus Matthießen wird zukünftig mit im

Facharbeitskreis Wirtschaft arbeiten.

Der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Jens-Christian Magnussen, wird zukünftig auch fachpolitischer Sprecher für den Mittelstand sein.

Die Umbesetzungen erfolgen parallel auch in den Ausschüssen des Landtages.

Neuer Mitarbeiter in der CDU-Fraktion Auf Müller folgt Müller

Es gibt ein neues Gesicht in der CDU-Fraktionsgeschäftsstelle: Marcel Müller (32) hat in der letzten Woche die Stelle als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für wirtschafts-, verkehrs- und tourismuspolitische Fragenstellungen angetreten. Ein Detail zum Schmunzeln: Er folgt auf Michael Müller, der die Fraktion in Richtung Finanzministerium verlassen hat. Beide sind nicht verwandt oder verschwägert:

Marcel Müller kommt aus Nordrhein-Westfalen. Er hat an der Universität zu Köln Volkswirtschaftslehre studiert und war dann im Abgeordnetenbüro des parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Andreas Scheuer in Berlin tätig. Als ehemaliger Bezirksvorsitzender der JU-Bonn/Bad Godesberg sind ihm Werte und Ziele der CDU bekannt.

„Marcel Müller hat in dem Bewerbungsverfahren voll überzeugt. Ich bin froh, dass wir uns im Arbeitskreis erneut auf eine wissenschaftlich fundierte Zuarbeit verlassen können“, so der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Jens-Christian Magnussen.



Marcel Müller

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de